

Editorial zum Schwerpunktthema: Politische Bildung und Schule

Editorial to the Focus Topic: Civic Education and School

Die politische Bildung der Heranwachsenden ist ein zentraler Auftrag der Institution Schule. Sie gilt als ein wichtiges Element zur Realisierung ihrer Legitimations- und Integrationsfunktion (Fend, 2006). Der in Deutschland gesetzlich verankerte Auftrag ist zwar nicht neu, aber in Anbetracht tiefgreifender globaler politisch-gesellschaftlicher Veränderungen ist er gegenwärtig aktueller denn je. Zu seiner derzeitigen Aktualität tragen unter anderem die Krisen der parlamentarischen westlichen Demokratien bei, die permanenten migrationspolitischen Auseinandersetzungen, insbesondere hinsichtlich der Aufnahme von Geflüchteten, und die Verunsicherungen auf europäischer Ebene, u.a. ausgelöst durch den Austritt Großbritanniens aus der EU. Diese Entwicklungen haben in allen europäischen Staaten zum Erstarken „autoritärer Tendenzen“ und zu mehr oder weniger heftigen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geführt, die – wie nicht anders zu erwarten – bis in die Bildungsinstitutionen und vor allem in die Schulen hinein wirken (Besand, 2020). Ein Beispiel hierfür sind die 2018 erstmals in Hamburg eingerichteten AfD-Meldeplattformen.

Die Aktion der Meldeplattformen war letztlich nicht erfolgreich. Dennoch führte sie sehr deutlich vor Augen, dass insbesondere die digitalen Medien vielfach Gelegenheit bieten, Anschuldigungen, Verleumdungen und manipulative Nachrichten schnell und zumeist dauerhaft auffindbar zu verbreiten. Aus diesem Grunde müsse – so auch die KMK in ihrem 2018 veröffentlichten Beschluss zu *Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule* – die „Digitalisierung [...] mit der Förderung einer kritischen Medienkompetenz einhergehen“; denn sie sei zwar „eine Triebfeder der gesellschaftlichen Entwicklung, ein verbindendes Element und eine Chance zur Partizipation“; sie könne aber auch „durch Fake News, Hate Speech oder Social Bots zur Einschränkung von Privatheit und Selbstbestimmung sowie der freiheitlich-demokratischen Entwicklung führen“ (KMK, 2018, S. 3). Es bedürfe außerdem, so Besand (2020), einer direkten Unterstützung von Lehrkräften, z. B. in Form von Supervision, Coaching und anderen Angeboten, wie sie z. B. im Projekt „Starke Lehrer – Starke Schüler“ der Robert Bosch Stiftung entwickelt und erprobt worden sind.

Politisches Wissen und zivilgesellschaftliches Engagement und die damit verbundenen Kompetenzen sind allerdings in vielfältiger Weise relevant, insbesondere in Krisensituationen. Dies zeigt sich derzeit angesichts der durch die pandemieartige Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2/Covid-19 ausgelösten Krise und der damit verbundenen partiellen Aussetzung der Grundrechte sehr deutlich. Zum einen ist jetzt Solidarität wichtig – im nahen Umfeld, um die Folgen der drastischen Einschränkungen abzumildern, und auf nationaler wie europäischer Ebene hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Folgen. Zum anderen bedarf es der Wachsamkeit in Bezug auf die Angemessenheit der drastischen Einschränkungen der Freiheitsrechte, deren Dauer und der Art und Weise, wie sie gelockert bzw. aufgehoben werden. Die aktuelle Akzeptanz der Einschränkungen sei zwar verständlich, so Prantl (2020, o. S.), aber sie sei auch „gefährlich“, weil eine Stimmung entstehe, die „Grundrechte in Krisenzeiten als Ballast betrachtet“. Aufgabe der Zivilgesellschaft müsse es daher sein, nicht nur darauf zu achten, dass der Ausstieg aus diesen Maßnahmen so bald wie möglich geschieht, sondern vor allem, dass nicht einzelne Elemente der Einschränkungen in die „politische Normalität“ übernommen werden (siehe auch Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V., o. D. [2020]).

Die aktuellen drastischen Einschränkungen der Freiheitsrechte haben die Auseinandersetzung mit anderen bedrohlichen Krisen, insbesondere mit der „Klima-Krise“, aus der Öffentlichkeit und den Medien verdrängt. Damit spielt auch die seit 2018 aktive, internationale Bewegung *Fridays for Future* in der öffentlichen Wahrnehmung kaum noch eine Rolle, obwohl diese Krise keineswegs gelöst ist. Wenn man bedenkt, dass Klimaschutz auch Artenschutz bedeutet und dass bei so weitreichenden Eingriffen in die Umwelt, wie sie vor allem im 20. Jahrhundert erfolgt sind, die Entwicklung und Verbreitung von neuen Krankheitserregern die Folge sein können und angesichts von Trockenheit, Überflutung, Insektensterben usw. die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gefährdet sein kann, wird ersichtlich, dass die Schüler*innen mit ihrem „Klima-Streik“ nicht nur ein gesellschaftspolitisch zentrales Thema, sondern sogar eine Art Lehrstück politischer Bildung aufgegriffen haben, an dem sich der Zusammenhang der politisch gern getrennt dargestellten Krisenerscheinungen ablesen lässt, an dem aber auch deutlich wird, dass die Schule in ihren Möglichkeiten, sich nachhaltig wirksam mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, an Grenzen stößt.

Der zeitlich notwendige Vorlauf für ein Heft erklärt, weshalb in den Beiträgen zwar vom Klima-Streik die Rede ist, nicht aber von der sogenannten Corona-Krise und den mit ihr einhergehenden Einschränkungen von Grundrechten. Die Beiträge sind deshalb nicht weniger aktuell. Denn politische Bildung und Demokratiebildung sind langfristige Aufgaben der Schule, die in Bezug auf jede Krisensituation relevant sind, insbesondere wenn Kinder und Jugendliche die Chance bekommen, in der Schule nicht nur politisches Wissen zu erwerben, sondern auch zu erfahren, dass sie etwas bewegen und etwas gestalten können, indem sie die Schule als „gestaltete“ und als „zu gestaltende Institution“ erfahren und in Verbindung mit nicht schulischen

Lernorten erleben, dass sie etwas bewegen können (Blömeke & Herzig, 2009). Wie sich dies in den Schulen zeigt, ob und wie sich Einstellungen hinsichtlich Toleranz verändern lassen und was unter einer gelingenden Didaktik des politischen Lernens im digitalen Zeitalter zu verstehen ist, sind Fragen, die in den drei Beiträgen des Themenschwerpunkts auf der Basis der jeweiligen Forschungsprojekte aufgegriffen und diskutiert werden. Weitergeführt wird das Thema in zwei Berichten und einem Beitrag zur Diskussion.

Sabine Achour und *Susanne Wagner* nehmen in ihrem Beitrag eine Standortbestimmung in Bezug auf die Bedeutung vor, die der politischen Bildung und der Demokratiebildung derzeit in deutschen Schulen beigemessen wird. Sie präsentieren dazu Befunde aus ihrer bundesweiten Studie, in deren Mittelpunkt einerseits die an den Schulen vorhandenen Angebote politischer Bildung und Demokratiebildung (Umfang und Gestaltung des Politikunterrichts sowie außerschulische Kooperationen und Formate) und andererseits die aus politischen Lehr-/Lernprozessen hervorgehenden Ergebnisse (politische Kompetenz, Selbstwirksamkeit, Haltungen und Einstellungen der Jugendlichen) stehen. Die Ergebnisse dieser von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Studie auf Basis der Aussagen von knapp 3.400 Schüler*innen der Jahrgangsstufen 9 bis 13 an unterschiedlichen Schulformen weisen insgesamt darauf hin, dass der Zugang zu politischer Bildung und Demokratiebildung sozial ungleich verteilt ist. Als Fach ist Politische Bildung an den Gymnasien deutlich besser vertreten als in den anderen Schulformen, und der Unterricht ist stärker an didaktischen Gütekriterien wie Kontroversität und Aktualität ausgerichtet. Auch sind die Schüler*innen häufiger in die Gestaltung des Schullebens im Sinne von Demokratiebildung einbezogen. Diese Disparitäten im Zugang spiegeln sich in den politischen Einschätzungen und Einstellungen der Schüler*innen wider, etwa in der Tendenz zu einem höheren Demokratievertrauen bei den Befragten an Gymnasien. Vor dem Hintergrund ihrer Untersuchungsergebnisse besteht aus Sicht der Autorinnen die Herausforderung darin, Politische Bildung und Demokratiebildung insbesondere in den nicht gymnasialen Schulformen zu fördern und ein gleichwertiges Angebot und eine Förderung demokratischer Unterrichts- und Schulkultur in allen Schulformen sicherzustellen.

Mit den Einstellungen von Schüler*innen als Ergebnis politischer Lehr-/Lernprozesse beschäftigen sich auch *Johanna Ziemes* und *Hermann Josef Abs* in ihrem Beitrag. Sie gehen der Frage nach, welche schulischen Faktoren für die Herausbildung von Toleranz – verstanden als positive Haltung den Rechten marginalisierter Gruppen gegenüber – geeignet sein könnten. Die Autor*innen beantworten diese Frage auf der Basis von Daten der *International Civic and Citizenship Education Study 2016*, einer Vergleichsstudie, in der in 24 Bildungssystemen untersucht worden ist, welche politische und zivilgesellschaftliche Bildung Schüler*innen erfahren und wie gut sie auf ihre Rolle als Bürger*innen vorbereitet werden. Für das Deutschland vertretende Bundesland Nordrhein-Westfalen zeigen Ziemes und Abs in einem

Strukturgleichungsmodell, dass dem politischen Wissen von Schüler*innen eine starke statistische Vorhersagekraft für deren Toleranz zukommt, während die schulischen Sozialbeziehungen und die diskursive Unterrichtsgestaltung jeweils eine mittlere Vorhersagekraft besitzen. Die Autor*innen stellen zudem den engen Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status von Schüler*innen und ihrem Zugang zu den Voraussetzungen heraus, die für die Förderung von Toleranz wichtig sind (diskursiver Unterricht, positive Sozialbeziehungen). Eine ihrer Folgerungen ist, dass es eines verstärkten Angebots von Weiterbildungen für Lehrkräfte im Bereich der Förderung des schulischen und unterrichtsbezogenen Sozialklimas bedarf.

Steve Kenner und *Dirk Lange* thematisieren die politische Bildung im Kontext der Digitalisierung, eine in der fachdidaktischen Forschung bislang kaum berücksichtigte Perspektive, obwohl die digitalen Medien für die Lern- und Partizipationsprozesse von Heranwachsenden inner- wie außerhalb der Schule eine wichtige Rolle spielen. Die zentrale Frage des Beitrags gilt dementsprechend den grundlegenden Merkmalen einer gelingenden Didaktik des politischen Lernens im digitalen Zeitalter. Ausgehend von der Darstellung zentraler Ergebnisse der quantitativen Sozialforschung zum Stellenwert digitaler Medien im Leben von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen arbeiten die Autoren die veränderten Rahmenbedingungen für politische Lern- und Teilhabeprozesse im Zeitalter digitaler Transformationen heraus. Diese Erkenntnisse verknüpfen sie mit bürgerschaftlichen Praxen der Teilhabe (*acts of citizenship*) und heben den Einfluss der digitalen Erfahrungswelten auf die Entwicklung des Bürgerbewusstseins des Individuums hervor. Als grundlegende Merkmale einer gelingenden Didaktik des politischen Lernens im digitalen Zeitalter identifizieren sie u. a., dass die Lehrkräfte sich intensiv mit den Nutzungsgewohnheiten und Erfahrungen junger Menschen im digitalen Raum befassen müssen und dass die Schüler*innen sich technische Fähigkeiten und Fertigkeiten als Voraussetzung für den reflektierten Umgang mit digitalen Medien aneignen müssen sowie die Fähigkeit, neue Macht- und Herrschaftsverhältnisse im digitalen Raum kritisch zu reflektieren.

Wie es gelingen kann, Wissen über Politik und Gesellschaft und Engagement in der Gesellschaft miteinander zu verbinden und somit Wissen durch Erfahrung zu vertiefen, ist Gegenstand des Berichts von *Sandra Zentner* über das Programm „Lernen durch Engagement“. Sie stellt das Programm vor und zeigt an einigen Beispielen, dass „Lernen durch Engagement“ sich für alle Schulformen, Schulstufen und Altersgruppen eignet. Dabei vermittelt sie zugleich einen Eindruck von der Vielfalt der Themen, die von den Lehrkräften und Schüler*innen bearbeitet worden sind. Deutlich wird, dass Lernen durch Engagement, auch wenn nur einzelne Lehrkräfte sich beteiligen, eine Angelegenheit der Schule insgesamt ist. Denn für die Verbindung von Unterricht und zivilgesellschaftlichem Engagement müssen Lösungen hinsichtlich der Zeitstruktur, der Vereinbarkeit unterschiedlicher Lehr-/Lernformen oder auch der Formen und Kriterien der Leistungsbeurteilung gefunden werden, die letztlich alle an der Schule Tätigen tangieren.

Thomas Geisen und *Zvi Bekerman* greifen ein Thema auf, das in der politischen Bildung und Demokratiebildung bisher wenig beachtet wird: die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit „veränderten Auffassungen über Religion und Säkularität“ als Folge von „Globalisierung, weltweiter Migration und Verbreitung totalitärer Ideologien“. Diese Auseinandersetzung stelle eine Herausforderung für säkulare politische und zivilgesellschaftlich-demokratische Bildung dar, in der Religion als Privatsache gelte, die zu respektieren sei, solange nicht in ihrem Namen andere religiöse Überzeugungen und deren Anhänger*innen diskriminiert und durch ihren Gebrauch die Grund- und Menschenrechte anderer Personen verletzt werden. Die Autoren konstatieren die Zunahme der Präsenz des Religiösen in den politisch-gesellschaftlichen Diskursen und gehen auf die Folgen für Bildung und Erziehung ein. Aus ihrer Sicht fehlen insbesondere Studien zur Bedeutung von Religion in Zusammenhang mit zivilgesellschaftlicher Bildung für Familien in der Migration und Familien in der Minderheitensituation.

Jürgen Budde stellt in seinem „Beitrag zur Diskussion“ die Frage, inwieweit die Schule sich ihrer Bedeutung, ihrer Möglichkeiten wie auch ihrer Grenzen angesichts der sich weiterhin zuspitzenden sozialökologischen Klima-Krise bewusst ist, die das (zukünftige) Leben aller Schüler*innen nachhaltig prägen wird. Er stellt klar, dass sich der „Schulstreik“ zwar nicht gegen die Schule, sondern gegen Politik und Gesellschaft richtet, dass aber die Wahl des schulpflichtigen Freitags anzeigt, dass – zumindest für einen Teil der Schüler*innen – die Sorge um die Zukunft wichtiger ist als der für diese Zeit angesetzte Unterricht und dass politisch-gesellschaftlicher Protest vor allem dann wahrgenommen wird, wenn er mit Regelverletzung einhergeht. Die Regelverletzung markiere zugleich die Grenze schulischer Möglichkeiten hinsichtlich der Verbindung von Unterricht und zivilgesellschaftlichem Engagement. Denn, so Buddes These, wer „die heutigen Kinder und Jugendlichen [...] mit traditionellen Formen“ der Wissensvermittlung und „erzieherischen Einübung in die Leistungsgesellschaft“ auf die ungewisse Gewissheit sozialökologischer Krisen und Herausforderungen wie Post-Wachstum oder zivilisierte Vergemeinschaftung bei verschärfter Ressourcenknappheit vorbereiten“ wolle, werde keinen Erfolg haben.

Dass schulische Bildung im Bemühen, Schule und Leben zu verbinden, an Grenzen stößt, ist unbestritten, aber auch kein Grund, auf die Entwicklung und Unterstützung von Konzepten und Programmen zu verzichten, mit denen versucht wird, bis zu diesen Grenzen vorzustößen. Dies gilt auch für die Initiativen und Aktivitäten des kürzlich verstorbenen Sozial- und Erziehungswissenschaftlers Dr. Wolfgang Edelstein. Sein Name ist unter anderem mit dem viel diskutierten, von der Bund-Länder-Kommission geförderten Programm „Demokratie lernen und leben“ (Edelstein & Fauser, 2001) und mit der „Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik“ verbunden. *Wolfgang Beutel* würdigt in seinem Nachruf Edelsteins unermüdliches Engagement in der Sache, das „aus tiefer persönlicher Erfahrung“ kam. Edelstein sei überzeugt gewesen,

„dass für ein erfolgreiches Lernen von Demokratie und Politik beides notwendig ist: einerseits das Wissen um die Demokratie, damit sie als Wert und normativer Kern subjektiver politischer Bildung und Einstellung zu gewinnen ist, und andererseits die Einübung demokratischer Praxis, damit aus dem Wissen Handlungsfähigkeit, also ‚demokratische Handlungskompetenz‘ werden kann, die sich überall im Lernen und Verhalten und nicht alleine in einem speziellen Unterrichtsfach entfalten muss.“

Kathrin Dederling & Marianne Krüger-Potratz

Literatur und Internetquellen

- Besand, A. (2020). *Politische Bildung unter Druck. Zum Umgang mit Rechtspopulismus in der Institution Schule*. Zugriff am 09.04.2020. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/306953/zum-umgang-mit-rechtspopulismus-in-der-institution-schule>.
- Blömeke, S., & Herzig, B. (2009). Schule als gestaltete und zu gestaltende Institution – ein systematischer Überblick über aktuelle und historische Schultheorien. In S. Blömeke, T. Bohl, L. Haag, G. Lang-Wojtasik & W. Sacher (Hrsg.), *Handbuch Schule. Theorie – Organisation – Entwicklung* (S. 15–28). Bad Heilbrunn: Klinkhardt utb.
- Edelstein, W., & Fauser, P. (2001). *Demokratie lernen und leben*. Gutachten zum Programm. Zugriff am 09.04.2020. Verfügbar unter: <http://www.gbv.de/dms/mpib-toc/337384983.pdf>.
- Fend, H. (2006). *Neue Theorie der Schule. Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen*. Wiesbaden: Springer.
- KMK (Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland) (2018). *Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule*. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i.d.F. vom 11.10.2018. Zugriff am 09.04.2020. Verfügbar unter: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf.
- Prantl, H. (2020). Sehnsucht nach dem starken Staat. *Süddeutsche Zeitung* vom 29.03.2020 (SZ.de). Zugriff am 09.04.2020. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-staat-prantl-meinung-1.4859137>.
- Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V. (Hrsg.). (o.D. [2018]). *Politik im autoritären Sog. Dossier zu Grundrechten in Zeiten des Rechtsrucks, Teile I + II*. Für den Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.

<https://doi.org/10.31244/dds.2020.02.02>